

Annoncen-
Annahme-Bureaus:
In Posen
außer in der Expedition
bei Krupski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr. 4;
in Grätz bei Herrn L. Streissand;
in Frankfurt a. M.;
G. L. Darke & Co.

Annoncen-
Annahme-Bureaus:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen;
Rudolph Wölff;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Breslau; Vogler;
in Berlin;
A. Belemeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Habath.

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster Jahrgang.

Nr. 502.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Donnerstag, 26. Oktober

1871.

Beschränkungen des Grundeigenthums in der Umgebung von Festungen.

Dem Reichstage ist folgender Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Beschränkungen des Grundeigenthums in der Umgebung von Festungen, vorgelegt worden:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc., verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages, was folgt:

§ 1. Die Benutzung des Grundeigenthums in der nächsten Umgebung der bereits vorhandenen, sowie der in Zukunft anzulegenden permanenten Befestigungen unterliegt nach Maßgabe des anliegenden Regulativs dauernden Beschränkungen. 1) in Bezug auf Veränderungen der Terrain-Oberfläche, sowie die Niederlage von Materialien, 2) in Bezug auf die Errichtung neuer, sowie die Reparatur und den Umbau, beziehungsweise die Erweiterung und Veränderung vorhandener Bauwerke, 3) in Bezug auf die Einfriedigung von Grundstücken und die Anlage von Baumplantungen, 4) in Bezug auf Wege, Dämme und Wasserbauten, sowie Ent- und Bewässerungsanlagen.

§ 2. Die im § 1 angegebenen, im Regulativ näher bestimmten Beschränkungen des Grundeigenthums sind nach der Entfernung von den Festungswällen und nach örtlichen Verhältnissen verschieden. Beaufsichtigung derselben wird die nächste Umgebung der Festungen in Rayons getheilt, und je nach der Entfernung von der äußersten Vertheidigungslinie ab als erster, zweiter, dritter Rayon bezeichnet. Wenn bei Festungen mehrere vor einander liegende Ummauern vorhanden sind, bildet der Raum zwischen denselben die Zwischenrayons. Bei den Festungen mit einer Zitadelle heißt der Rayonkreis vor den stadtwärts gewendeten Wällen derselben Esplanade.

§ 3. Der erste Rayon umfasst bei allen Festungen und neu zu erbauenden Detachirten Forts das im Umkreise derselben von 600 Metern belegene Terrain, außerdem bei Festungen, welche an Gewässern belegen sind und besondere Rehlebefestigungen haben, das Terrain zwischen diesen und dem Ufer.

§ 4. Der zweite Rayon begreift das Terrain zwischen der äußeren Grenze des ersten Rayons und einer von dieser im Abstande von 375 Metern gezogenen Linie. Detachirte Forts haben keinen zweiten Rayon; bei diesen unterliegt jedoch das Terrain von der Grenze des ersten Rayons bis zu einer Entfernung von 1650 Metern den für den dritten Rayon gegebenen Beschränkungen.

§ 5. Der dritte Rayon umfasst bei allen Festungen das Terrain von der äußeren Grenze des zweiten Rayons bis zu einer Entfernung von 1275 Metern.

§ 6. Die Zwischenrayons zerfallen in streng und einfach e. Die ersten enthalten das Terrain in einem Abstande von 75 Metern von der zurrückliegenden oder inneren Hauptumwallung; darüber hinaus liegt der einfache Zwischenrayon.

§ 7. Ob und in wie weit aus lokalen Rücksichten Einschränkungen der vorbezeichneten Ausdehnung der Rayons oder Abweichungen von den gegebenen Beschränkungen zulässig seien, wird in den einzelnen Fällen eine, durch den Kaiser zu berufende ständige Militärförderkommission bestimmen, in welcher die Staaten, in deren Gebieten Festungen liegen, vertreten sind. Dieselbe wird den Namen „Reichs-Rayon-Kommission“ führen.

§ 8. Die bisherigen von diesen Bestimmungen abweichenden Rayons bestehender Befestigungen, insbesondere die der vorhandenen Detachirten Forts, verbleiben bis zur Ausführung eines Neubaus oder Verstärkungsbaues unverändert. Die vorhandenen Esplanaden bleiben in ihrer bisherigen Ausdehnung unverändert; beim Neubau einer Zitadelle wird über den Umfang der Esplanade in jedem Falle besondere Bestimmung durch die Reichs-Rayon-Kommission getroffen. Ebenso verbleiben alle übrigen zur Zeit vorhandenen besonderen Rayons, wie die von verschanzten Lager-, Städtebefestigungen, inneren Abschnitten in und bei Festungen unverändert.

§ 9. Zu jeder Anlage, jeder Veränderung und Benutzung, die nach dem Regulativ nur bedingungsweise zulässig ist, muss vor dem Beginn der Ausführung die Genehmigung der Kommandantur nach Maßgabe der Bestimmungen im § 13 des Regulativs eingeholt werden. Von der beabsichtigten Ausführung aller nach § 12 des Regulativs zulässigen Reparaturen ist der Kommandantur vor Beginn der Ausführung Beaufsichtigung des Konfenses zwei Jahre verflossen, ohne daß von der Genehmigung Gebrauch gemacht worden ist, so wird der Konfens als erloschen betrachtet.

§ 10. Die Entscheidung auf die Anträge (§ 9) erteilt entweder die Kommandantur selbst oder auf deren Antrag die Reichs-Rayon-Kommission. § 11. Der von der Kommandantur auszufertigende Konfens muss alle für den betreffenden Fall festzustellenden speziellen Beschränkungen genau bestimmen, denen der Grundbesitzer, sowie alle Besitznachfolger bezüglich des Baues, der Niederlage von Materialien, der Anlage oder des Gewerbebetriebes sich zu unterwerfen haben. Sind seit der Auskündigung des Konfenses zwei Jahre verflossen, ohne daß von der Genehmigung Gebrauch gemacht worden ist, so wird der Konfens als erloschen betrachtet.

§ 12. Beaufsichtung der Kontrolle über alle Bauten, Anlagen und die Benutzung von Grundstücken in den Rayons sind die Kommandanturen und Ortspolizeibehörden und deren Organe befugt, zu jeder Tageszeit den Zutritt zu allen Privat- und öffentlichen Grundstücken in den Rayons zu verlangen.

§ 13. Grundbesitzer, welche ohne die Genehmigung der Kommandantur, oder mit eigenmächtiger Abweichung von dem festgestellten Plan eine Anlage, einen Bau oder eine Reparatur ausführen oder ausführen lassen, werden mit einer Geldbuße bis zu fünfzig Thalern bestraft. Eine gleiche Strafe hat derjenige verwirkt, welcher als Baumeister oder Bauhandwerker die Ausführung geleitet hat. Soweit nach dem Urtheil der Kommandantur die Anlagen unzulässig befunden werden, ist der Besitzer innerhalb der vom Kommandanten zu bestimmenden Frist zu deren Beseitigung verpflichtet; nötigenfalls erfolgt letztere auf Antrag der Kommandantur durch die Polizeibehörde auf Kosten des Besitzers. Wer die im Falle des letzten Absatzes des § 9 an die Kommandantur zu erstattende Anzeige unterlässt, verfällt in eine Geldstrafe bis zur Höhe von 5 Thalern.

§ 14. Gegen die Anordnungen der Kommandantur ist binnen einer vierwochentlichen Präludiumsfrist, von der Zufüllung ab, der Reflux zulässig. Die Entscheidung auf den Reflux erfolgt, und zwar endgültig durch die Reichs-Rayon-Kommission. Nach Ablauf der Frist, eintretenden Fällen nach der höheren Entscheidung, sind die Anordnungen vollstreckbar. Ist durch eine Anordnung der Kommandantur eine Anlage unterlaufen, so darf diese erst dann begonnen oder fortgesetzt werden, wenn die Anordnung in der höheren Instanz aufgehoben ist. Wird dieser Vorbehalt zuwiderrichtet, so finden die Bestimmungen im ersten Absatz des § 13 Anwendung.

§ 15. Für die Einschränkungen des Eigenthums in Folge des genehmigten Gesetzes leistet das Reich Vergütung durch Gewährung einer nach § 16 ff. festzustellenden Rente. Entschädigung wird nicht gewährt: 1) für Beschränkungen jeder Art, welchen das Grundeigenthum innerhalb der Rayons der bereits bestehenden Festungen nach der

seitherigen Gesetzgebung unterworfen war, und auch nach dem gegenwärtigen Gesetz und Regulativ unterworfen bleibt; 2) für Beschränkungen fiskalischer Grundstücke und für Beschränkungen in Betreff der Anlagen auf Kirchhöfen und Beerdigungsplätzen; 3) für die gesetzlichen Beschränkungen, welche allen Rayons gemeinsam sind; 4) für die Verpflichtung, im Falle einer Armierung der Festung der Materialien vorrätte und beweglichen Anlagen wegzuräumen; 5) für die Verpflichtung zur Dulding der Rayonsteine; 6) für die auf besonderen Rechtsstitel beruhenden Rayonbeschränkungen, wenn nicht durch dieselben eine Entschädigung ausdrücklich zugefügt ist.

§ 16. Beaufsichtigung derselben wird der geistige Kaufwert des Grundstücks, sowie derjenige Kaufwert ermittelt, welchen dasselbe nach Auflösung der Rayonbeschränkungen voraussichtlich behalten wird. Der geistige Kaufwert wird nach den Preisen bestimmt, welche Grundstücke in ähnlicher Lage und Beschaffenheit ortsüblich allgemein an dem Tage hatten, an welchem von dem Reichskanzler im Reichsgesetzblatte bekannt gemacht ist, daß die Neubefestigung des Platzes, oder die Erweiterung der schon bestehenden Festungsanlage oder deren Rayons in Aussicht genommen ist.

§ 17. Die Entschädigungsrente beträgt jährlich fünf Prozent der Summe, um welche die beiden Kaufwerte (§ 16) verschieden sind. Sie wird, von dem Zeitpunkte beginnend, an welchem die öffentliche Auslegung des Rayonplanes erfolgt, längstens auf die Dauer von 42 Jahren gewährt, erlischt jedoch, sobald das Grundstück aufhört, den Beschränkungen eines der ersten beiden Rayons oder der Zwischenrayons unterworfen zu sein. Die Entschädigungsrente wird dem im Rayonfester bezeichneten Besitzer des Grundstücks in vierteljährlichen Raten postnumerisch aus der Festungskasse gezahlt. Renten, welche jährlich weniger als Einen Thaler betragen, werden mit dem achtzehnsachen Betrage kalkuliert und sofort an die Besitzer ausgezahlt.

§ 18. Insofern wie die Rente als Zubehör des Grundstücks angesehen ist, und welche Rechte den Realgläubigern an derselben zustehen, bestimmt sich nach den Landesgesetzen.

§ 19. Die Besitzer der Grundstücke, die sich durch die auferlegten Beschränkungen beeinträchtigt glauben, haben ihren Anspruch auf Entschädigung binnen einer sechswochentlichen Präludiumsfrist nach Feststellung des Rayonplans bei der Kommandantur anzumelden und zu begründen. Beginn und Ablauf der Frist sind gleichzeitig mit der Feststellung des Rayonplanes (§. 4 des Regulativs) öffentlich bekannt zu machen.

§ 20. Die Kommandantur teilt die Anmeldungen der höheren Zivilverwaltungsbehörde mit, welche einen Kommissarius ernennt, der die Entschädigungsansprüche in Gegenwart der Entschädigungsberechtigten und eines Vertreters der Kommandantur erörtert und falls die Parteien sich einigen, einen Notar aufnimmt, welcher die Kraft einer gerichtlichen oder notariellen Urkunde hat. Wird eine Einigung nicht erzielt, so bleibt, wenn die Entschädigungsplikte von der Kommandantur bestritten wird, dem Besitzer des Grundstücks die Befreiung des Rechtsweges unbenommen. Ist dagegen nur die Höhe des Entschädigungsvertrages streitig, so erfolgt die Ermittlung der Entschädigung durch Sachverständige. Wenn beide Parteien sich nicht über einen Sachverständigen vereinigen, so wählt jede Partei einen Sachverständigen, den dritten ernnt der Kommissarius. Die Sachverständigen haben ihr Gutachten zu begründen und die Richtigkeit derselben zu schwören oder auf den ein für allemal geleisteten Sachverständigen zu verzichten.

§ 21. Der Kommissarius überreicht die Abschätzungsverhandlungen mit seinem Gutachten der höheren Zivil-Verwaltungsbehörde Beaufsichtigung derselben durch Beschluss. Dieselbe fest den Entschädigungsvertrag nach ihrem aus der Verhandlung und den Umständen geschöpften plausiblen Ermessen fest. Das Gutachten der Sachverständigen dient jeder Behörde hierbei nur als Auskunft und Anhalt. Gegen den Beschluss der Verwaltungsbehörde steht dem Entschädigungsberichtigten innerhalb einer Präludiumsfrist von neunzig Tagen, vom Empfang des Beschlusses an gerechnet, der Rechtsweg offen. Innerhalb derselben Präludiumsfrist ist die Militärbehörde berechtigt die Enteignung des Grundstückes zu verlangen, welche in diesem Falle nach dem Antrage des Besitzers auf alle Theile des Grundstückes auszudehnen ist, deren fernere Benutzung in der bisherigen Weise durch die Abtrennung des den Rayonbeschränkungen unterworfenen Theiles wesentlich beeinträchtigt oder verhindert werden würde. Die Erklärung der Militärbehörde an die höhere Verwaltungsbehörde, daß von dieser Befugnis Gebrauch gemacht wird, unterrichtet den Lauf der im Absatz 3 bestimmten Frist und das gerichtliche Verfahren über die Höhe der Entschädigung. Das Verfahren bei der Enteignung richtet sich nach den Landesgesetzen.

§ 22. Die nach §§. 20 und 21 anzustellenden Klagen sind gegen den Reichsfürst zu richten, welcher durch die Kommandantur vertreten wird. Zuständig ist das Gericht, in dessen Bezirk das betreffende Grundstück belegen ist. Das Gericht hat das Ergebnis der Beweisaufnahme nach freier Überzeugung zu würdigen.

§ 23. Wird im Falle einer Armierung permanenter Befestigungen anbefohlen, so sind die Grundstücksbesitzer innerhalb des Rayons verpflichtet, der Aufforderung der Kommandantur zur Niederlegung von baulichen und sonstigen Anlagen, Wegschaffung von Materialien-Borräthen, Befestigung von Pflanzungen, Einstellung des Gewerbebetriebes u. s. w., unverweigerlich nachzuhören. Wird dieser Aufforderung nicht in der gestellten Frist genügt, so können die Besitzer der betreffenden Grundstücke durch administrative Zwangsmaßregeln hierzu angehalten werden.

§ 24. Wird im Falle einer Armierung die Freilegung der Festungs-Rayons von der Kommandantur angeordnet, so veranlaßt die letztere vor der Befestigung der baulichen und sonstigen Anlagen, Pflanzungen und dergleichen eine Beschreibung und nähere Feststellung des Zustandes des Gebäudes oder der Anlage durch die Ortsobrigkeit unter Beiziehung des Besitzers, eines Vertreters der Kommandantur und zweier Sachverständigen und ertheilt über die stattgefundenen Verstörung oder Entziehung ein Anerkenntnis. Das hierüber aufge nommene Protokoll wird von der Ortsobrigkeit der höheren Zivil-Verwaltungsbehörde überreicht, auch der Kommandantur und den Interessenten in Abschrift mitgetheilt. Der Entschädigungsermittlung wird der gemeine Wert zu Grunde gelegt; dieselbe erfolgt erst nach Aufhebung des Armierungszustandes der Festung nach Vorabdruck der §§ 19 und f. Das Reich stellt Anerkenntnisse über die zu gewährende Entschädigung aus, welche bis zur Zahlung vom ersten Tage des auf die stattgefundenen Verstörung oder Entziehung folgenden Monates mit vier Prozent jährlich verzinst wird. Eine Entschädigung unterbleibt in Anlehnung derjenigen Gebäude und Anlagen: 1) auf welchen nach den bisherigen Gesetzen oder in Folge besonderer Rechtsstilte die unentgeltliche Verpflichtung ruhte, die vorhandenen Anlagen, Borräthe, z. g. gleichweg weglassen, oder im Falle der Säumnis sich der Verstörung der Anlagen und Borräthe auf Kosten der Besitzer selbst zu unterwerfen; 2) welche erst nach erfolgter öffentlicher Ausle gung des Rayonplanes im ersten oder zweiten Rayon errichtet worden sind.

§ 25. Alle Zufüllungen, welche nach den gegenwärtigen Bestimmungen erforderlich werden, sind gültig, wenn sie nach den für bür

Inserate 1½ Sgr. die sechsgeschaltete Zeile über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

gerliche Rechtsstreitigkeiten bestehenden Vorschriften geschehen. Die vereideten Verwaltungsbeamten haben dabei den Glauben der Ge richtsbeamten.

§ 26. Alle administrativen Verhandlungen und Gesuche in Rayonangelegenheiten sind kostens- und stempelfrei.

§ 27. Alle den Vorschriften dieses Gesetzes zuwiderlaufenden Bestimmungen werden aufgehoben.

Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen erfolgen durch besondere Verordnungen.

Urkundlich z. Gegeben z.

In der morgigen Nummer werden wir das hierzu erlassene Regulativ mittheilen. — Ned. d. Pos. Btg.

Deutschland.

○ Berlin, 25. Okt. Die heut vom Reichskanzler v. Bismarck im Reichstag abgegebenen Erklärungen bei Besprechung der mit Frankreich vereinbarten Konvention werden in Paris wie anderwärts, wo man ein aufrichtiges Interesse an der Erhaltung des europäischen Friedens hat, mit großer Freude vernommen werden. Bismarck ist thatsächlich bemüht, Deutschland und Frankreich auszuführen. Dazu macht er Frankreich Konzessionen in politischer wie kommerzieller Beziehung. Er will nicht, daß Frankreich noch mehr geschwächt werde, darum kommt er ihm in finanzieller Beziehung entgegen. Die Konvention, die hier mit Pouyer-Quertier vereinbart wurde, wird als thatsächlicher Beweis von der Aufrichtigkeit versöhnlichen Sinnes mehr Effekt haben als hundert Freundschaftsnoten, denen man jederzeit einen doppelten Sinn unterscheiden könnte. Hat der Reichskanzler seine Sache gut gemacht, als es darauf ankam, Deutschland zu vertheidigen und einen ehrenvollen Frieden durchzusetzen, so übertrifft die jetzt an den Tag gelegte Mäßigung die bis dahin befindete Energie um Vieles. Frankreich würde sich bescheiden müssen, würde es von Deutschland brüsk behandelt; aber das Gefühl der Nache bräche leidenschaftlich aus. Statt dessen überzeugt man den Gegner von der Wahrheit der guten Absichten Deutschlands, und den Schreien macht man das hauptsächliche Torttohen unmöglich. Das ist die Politik eines besonnenen Staatsmannes, der im Gefühl seiner eigenen Stärke so viel Nachsicht übt, als nur immer dies deutsche Interesse zuläßt. Der Reichstag hat Bismarck für das sein Verhalten seine volle Anerkennung zu Theil werden lassen. Nicht laut war des Hauses Beifall, aber nachhaltig. Das ruhige „Ja wohl!“ war der Ausdruck tiefster Überzeugung von der Richtigkeit des Verfahrens der Reichspolitik. Das Haus hat auch auf jede Diskussion der Konvention verzichtet. Sie ist heut in erster und zweiter Lesung gutgeheissen und wird bereits am Freitag definitiv angenommen werden. Die Konvention befestigt, worauf Bismarck außerordentlich viel ankommt, Herrn Thiers Stellung im Lande wie in der Nationalversammlung. Durch geschickte Ausgleichungen haben Bismarck und Pouyer-Quertier gut gemacht, was der französische Präsident in Beziehung auf den vielversprochenen Art. III versehen hatte.

— Der Kaiser hat seit seiner Rückkehr in gewohnter Weise wieder die täglichen Vorträge des Reichskanzlers fürsten Bismarck, der einzelnen Minister, sowie des Militär- und Zivilministeriums entgegen genommen, und zu den täglichen zahlreichen Audienzen beiläufig höhere Militärs, theils Mitglieder des Reichstages und andere hervorragende Persönlichkeiten empfangen. Fast täglich wird eine größere Zahl von Gästen zur kaiserlichen Tafel geladen. Wie alljährlich in dieser Jahreszeit nimmt der Kaiser jetzt an einzelnen größeren Jagden Theil.

— Der Kardinal Prinz zu Hohenlohe ist am Montag Abend von Rom hier angelkommen und hat bei seinem Bruder, dem Herzog von Ratibor, Wohnung genommen.

— Die Soireen beim Reichskanzler, welche in den früheren Sitzungsperioden des Reichstages so sehr zur Verständigung unter den verschiedenen Parteien beigetragen haben, werden auch in dieser Session stattfinden und zwar sollen dieselben mit dem Beginn des nächsten Monats ihren Anfang nehmen.

— Bei der bevorstehenden Regelung der Militär-Einrichtungen in Elsass-Lothringen wird für jetzt von der Bildung elsfälschisch-lothringischer Regimenter abgesehen, der vorige Erfolg vielmehr auf sämtliche Staaten des Reiches und deren Kontingente vertheilt werden. Die Hauptbestimmungen des 11. Abschnitts der Reichsverfassung werden mit größtmöglicher Schonung in die neuen Reichslande eingeführt.

— Der General der Kavallerie, Freiherr v. Mantuffel, Oberkommandant der deutschen Okkupations-Armee in Frankreich, ist am Dienstag aus Gastein, nach vollendetem Badefur, in Salzburg eingetroffen und am 18. von dort nach Nancy abgereist.

— Wie der „Soir“ versichert, hat in der Franche-Comté und in Burgund schon am 21. d. M. die Räumung begonnen. Die Stadt Dijon ist seit Donnerstag vollständig von der deutschen Armee verlassen.

— Die „Genfer Korrespondenz“, welche den Redaktionen der ultramontanen Blätter zugeschickt wird, um sie über die Ansichten und Bestrebungen der im Bataillon herrschenden Jesuiten auf dem Laufenden zu halten, enthält in Nr. 145 vom 22. September d. J. einen Schmähartikel, aus Berlin datirt, über den Fürsten Bismarck, aus welchem wir folgende Stelle ausschreiben. Nachdem der patriotische Gesinnungsgenossen in Berlin den Fürsten schon als einen „Emporkommeling“ und „thürkischen Schwäger“ bezeichnet hat, erhebt er sich gegen den Schluss zu folgenden Inventive:

Niemand wird jetzt noch darüber im Zweifel sein, daß dieser weniger große als glückliche Mann bei jeder Gelegenheit eine eingefleischte cynische Sprache führen wird. Es sind ja seine belieb

dass er während des letzten Krieges und zur Zeit der Einnahme Roms durch die Italiener der katholischen Kirche in Deutschland auffallend den Hof gemacht habe, soll ihn gefragt haben, weshalb er sie jetzt verfolge. „Habt ihr denn wirklich nicht begriffen?“ antwortete der Reichskanzler, „dass ich euch damals brauchte, dass ihr mir aber jetzt zu nichts mehr nützen könnt?“ Ist das nicht unverschämt, übermaß von Crimismus!“ Eines Tages bemerkte man ihm, die Verfolgung des Erzbischofs von Köln vor etwa dreißig Jahren habe Preußen mehr geschadet, als eine verlorene Schlacht. „Ich räume es ein“, antwortete Bismarck, „es war eben der Fehler, dass man nur einen einzigen Bischof eingekerkert, ich hätte sie alle eingestellt.“ Das ist schrecklich, wird man uns entgegen. Ja, es ist absehlich, aber schrecklich nur für diejenigen, welche sich durch Phrasen erschrecken wollen.

Wenn die Gegner Bismarcks nur einiger Maßen seine habhaftigkeit Wutausbrüche zu beobachten wissen, so können sie mit ihm gar leicht fertig werden. Frankreich und Österreich brauchen Bismarck nur in seinem Wutpharynx auszutreiben zu lassen, dann wird ihnen nichts Schlimmes widerfahren. Er wird zu Grunde gehen, indem er sich dasselbe Schwert ins Herz stößt, welches von ihrem Blute geröthet ist. Den Narren gegenüber muss man sich darauf bechränken, sie zu beobachten; der Arztinige verfällt gar bald in Tobucht, und der Tobuchtige stirbt, erstlich durch den Schaum seiner Wuth. Wir können deshalb den deutschen Bischofen, die sich darauf beschränken, ihrem delirirenden Tyrannen mit dem Blicke zu folgen und ihm im Falle der Noth zu widerstehen, unsere Anerkennung nicht versagen. Das ist der einzige Weg, ihn zu besiegen, vorausgesetzt, dass sie ihm in seinem Punkte nachgeben, dass sie auch ferner das Beispiel des Papstes folgen, der zum Erstaunen Bismarcks den deutschen Kaiser um keine Gnade bittet, sich aber auch nicht an seinen Triumphwagen spannen lässt. Also Geduld, unsre Zeit wird kommen u. s. w.

Über den Ursprung dieser Schmähungen gegen den Fürsten Bismarck lesen wir in der „Span. Ztg.“:

Die „Gesetz Korrespondenz“ inspirirt einige Ausführungen, welche der Reichskanzler Fürst v. Bismarck nach dem letzten Kriege gegenüber einem „deutschen Bischof“ gehalten haben soll. Der einzige „deutsche Bischof“, der seit dem letzten Kriege eine Unterredung mit dem Fürsten gehabt hat, ist der Bischof von Mainz, welcher Mitglied des Reichstages ist. Auf Herrn v. Ketteler also würde jene Mittheilung zurückzuführen sein, und dieser hochwürdige Herr dürfte sich daher veranlasst finden, über den Inhalt derselben sich demnächst zu erklären. Der Bischof von Mainz wird, wie nicht zu bezweifeln ist, um so bestreitwilliger die „Gesetz Korrespondenz“ dementiren, da es denselben am wenigsten entgehen kann, wie sehr den Gegnern damit gedient ist, für die mehrfach behauptete Verlogenheit der Partei neue Beweise zu erhalten, die Wahrheit allein aber die Vertheidigung für sich hat.

Wahrscheinlich wird an dem Kloster zu Moabit in dem nächsten Sommer ein Erweiterungsbau stattfinden; das Geld dazu ist vorhanden, denn der vor kurzem verstorbene Geheime Rath zur Mühlen soll, wie man der „Frank. Z.“ mitteilt, diesem Kloster 120,000 Thlr. vermacht haben. Natürlich wird derselbe, da das Kloster unseres Bischofs nicht die Rechte einer Korporation hat, das Geld wohl an eine bestimmte Person vermacht, aber Sorge dafür getragen haben, dass derselbe auch wirklich dem Kloster zu Gute kommt.

Rector und Senat der hiesigen kgl. Universität machen den Dozenten und Candidaten der Medizin und Chirurgie, die sich den medizinisch-chirurgischen Staatsprüfungen unterziehen wollen, durch einen Anschlag am Gitter im Universitätsgebäude bekannt, dass sie ihren sonstigen Zeugnissen auch eins von einem Impfarzte oder einem anderen bekannten prakt. Arzte beizufügen haben, das sie den Verlauf der Schubblättern genau beobachtet und eine genügende Fertigkeit im Impfen erlangt haben. — Von den in Berlin regeirten Studenten in der „Bad. Lpzg.“ zufolge an der Universität Heidelberg einer ohne Anstand aufgenommen worden.

Die Generalkriegskasse ist jetzt hier eifrig damit beschäftigt, den Nachlass verstorbenen französischen Soldaten zu ordnen, resp. an deren Angehörige gelangen zu lassen. Es sind in letzter Zeit sehr umfangreiche Sendungen von hier abgegangen.

Aus Westpreußen, 24. Okt. Die von Dr. Rüttig zu Einbeck in Gemeinschaft mit dem Vorstande des Hannoverschen Provinzial-Vereins entworfene Petition in Betreff der Dotations-Angelegenheit der Lehrer an den Kaiser, den Reichstag und an das Abgeordnetenhaus ist fertig und soll dem Druck übergeben werden. Von mehr als 18,000 Lehrern sind dem für das Wohl der Lehrer unermüdlichen Verfasser Zustimmungsadressen zugegangen und man hofft auf einen guten Erfolg, da die Beweisgründe kurz und wahrheitsgetreu sind. Herr Dr. Rüttig wünscht, dass die Vorstände aller Lehrervereine der einzelnen Provinzen ihm ihre Adressen zugehen ließen, damit ihnen die Petition rechtzeitig zur Unterschrift eingehändigt werden könnte. Für alle Beamten-Kategorien sind nach Berliner Mittheilungen Gehaltsverbesserungen in Aussicht genommen, nur die Lehrer sollen auch diesmal leer ausgehen. (Brb. Ztg.)

* Breslau, 24. Oktober. Rückkehr der 11. Division. Die „Schlesische Volkszeitung“ und die Thronrede. Doppel-Toaste. Drei neue Oderbrücken. Bebauungsplan für Neu-Breslau-Westendgesellschaft. Wohnungsnuth und Mietsverhöhung. Die Rückkehr unserer 11. Division steht nun mehr fest, und findet der Einzug der Truppen, an welchem 2 Bataillone des 10., 1 Bataillon des 51. Regiments, die Divisions-Artillerie, der Train und die Chargen Theil nehmen, am 3. November statt. Die Begrüßung der Truppen erfolgt seitens der städtischen Behörden an der bei dem Gouvernementsgebäude errichteten Ehrenporte, wo auch Tribünen für die Mitglieder der genannten Behörden und die Damen etc. errichtet werden. Das zu Ehren der Offiziere projektierte Begrüßungsfest findet am Tage nach dem Einzuge statt. — Die Thronrede zur Gründung des Reichstages ist von der „Schles. Volks-Ztg.“ nicht gut aufgenommen worden; das ultramontane Blatt vermißt darin eine Verurtheilung der Okkupation Roms, geprägt sich in deßen damit, dass die Thronrede „den Umsturz auf der appeninischen Halbinsel“ wenigstens ignoriert, d. h. nicht aufgetreten hat. Auch giebt es sich der Hoffnung hin, dass wenn Frankreich die katholische Welt einst an Italien rächen sollte, der Kaiser von Deutschland neutral bleiben werde. — Wie man sich in ultramontanen Kreisen übrigens mit den Zeitverhältnissen abzufinden und in sie zu schicken resp. Notwendiges mit dem Angenommen zu verbinden versteht, davon giebt ein Toast Zeugnis, welcher am 16. d. M. bei der Feier des 25jährigen Stiftungsfestes der „Reissjournale zur Gelehrte“ ausgebracht wurde. Dieser Toast war nämlich ein Doppeltoast und galt dem deutschen Kaiser und dem Papste. Welche Beine muss dieses „Und“ nicht haben, um von Berlin nach Rom, von Sizilien bis Mentana zu reichen. — In der am Donnerstag abgehaltenen Stadtverordneten-Versammlung, jedenfalls der wichtigsten im Laufe dieses Jahres ist der Bau von drei neuen eisernen Oderbrücken, einer im Oberwasser und zweier im Untermasser, sowie der Bebauungsplan des Kärrasier-Meitplatzes und des betreffenden Kärrasenhofes genehmigt worden. Bei letzterem ist auf einen von der Stadt unentgeltlich herzugebenden Platz für das neue Museum Rückicht genommen und soll dieses zwischen das Inquisitoriat und den Eichborn'schen Garten zu stehen kommen. Die Taurientstraße erhält eine Verlängerung bis zum Berliner Platz, an dessen Seite dem Militärflieger ein Stück Terrain zur Errichtung einer Garnisonkirche tauschweise überlassen wird. Dazu der freiburger Bahnhof mit seinen geschmackvollen Neubauten, der niederschlesisch-märkische mit seinen ebenfalls nicht unschönen Anlagen, der später zum freien Platz hinzutretende, bereits seit mehr als 20 Jahren geschlossene Glacis-Kirchhof, im Hintergrunde die eleganten neuen Schulgebäude, und der lange so stiefmütterlich behandelte Platz wird eine Zierde Neu-Breslaus werden. In Folge dieser in Aussicht stehenden bedeutenden Vergrößerungen unserer Stadt wird auch die Westend-Gesellschaft H. Dauftorp u. Comp., welche in Berlin, Magdeburg, Stettin ausgedehnte Bauten hat ausführen lassen und noch ausführt, hier eine Kommandite

Frankfurt a. M. 24. Oktober. Der vielbesprochene Mantuafels-Artikel der „Frankfurter Z.“ wird am Donnerstag Gegenstand der gerichtlichen Verhandlung bilden. Mr. Hermann Voigt ist bekanntlich der Majestätsbeleidigung angeklagt. Dem Angeklagten wurde amtlich mitgetheilt, dass nachdem der General v. Mantuafel die Stellung des Strafantrags wegen der gegen ihn verübten Beleidigungen und Verläumdungen abgelehnt und auch die vorgesetzte Dienstbehörde von dem ihr zustehenden Rechte, die Bestrafung zu beantragen, keinen Gebrauch gemacht habe, sich die Anklage auf die Verfolgung der durch den Artikel verübten Majestätsbeleidigung habe beschränken müssen.

Österreich.

Graz, 22. Oktober. Heut begann hier unter starker Beteiligung besonders Steiermarkts, Krains und der Stadt Wien der deutsche Parteitag. Dr. Klein präsidiert denselben. Angenommen wurde zunächst folgende Resolution des hiesigen Professors Zwiediel: „Die Deutschen Österreichs halten fest an ihrer nationalen und staatsrechtlichen Zusammenghörigkeit; sie erblicken in derselben eine Lebensfrage für die ungehemmte Geltung und Entwicklung ihrer Nationalität, für die Wahrung und Fortbildung ihrer Kultur, für die Begründung und Erweiterung gefunder freiheitlicher Institutionen, sowie endlich für den Bestand des österreichischen Staates. Jeden Versuch zur Lockerung oder Zerreißung dieser nationalen staatsrechtlichen Zusammenghörigkeit von welcher Seite auch dieser Versuch ausgeben mag, werden wir den entschiedenen, unerbittlichen Widerstand entgegenstellen, jeden gesetzlichen Widerstand, in dem ein Volk Kraft findet, welches sich bewusst ist, dass es seine Existenz verteidigt, und zugleich jede Plünderung, die ihm als Theil einer großen Kulturnation zukommt. Wir stellen uns, wenn auch die Dezemberverfassung den nationalen Deutschen Österreichs nicht vollständig entspricht, welche die energische Zusammensetzung aller vormalig zum deutschen Bunde gehörigen Brüder anstreben, auf den Boden dieser Verfassung, weil wir in ihr doch die Möglichkeit der Gewähr unserer nationalen und staatsrechtlichen Rechte erblicken.“ Außerdem wurden noch andere Resolutionen gefasst, die deutsche Zeitung in Graz zum Parteivorgan erklärt und schließlich eine Resolution angenommen, worin den Corporations des deutschen Reiches für ihre gegenwärtige Sympathie und moralische Unterstützung der Deutschen Österreichs in ihrem politischen Kampfe der wärmste Dank ausgedrückt wird.

Schweiz.

Von dem vom König von Preußen gestifteten Verdienstkreuz für Frauen und Jungfrauen sind zwei auch nach Zürich gekommen. In der That haben unsere Frauen es auch verdient, dass man sie nicht vergaß; denn sie haben gearbeitet, gesammelt und für die Linderung der Noth in den Lazaretten und auf dem Kriegsschauplatz gewirkt, soviel von hier aus zu wirken war, und in gewisser Beziehung haben sie sogar geleistet, was die Frauen in Deutschland zu leisten nicht in der Lage waren, und dadurch eigentlich einen Orden mit Schwestern verdient. Denn in der Schlacht bei der Tonhalle haben unsere deutschen Frauen gar tapfer gegen französische Offiziere und französische gesunken Pöbel wenn auch nicht gekämpft so doch Stand gehalten, was Gott sei Dank nicht in Deutschland, wohl aber in der eben so freien als neutralen Schweiz möglich war. (Nat. Z.)

Auf dem letzten Kongresse der Friedens- und Freiheitsliga ward bekanntlich der Beschluss gefasst, ein internationales Organ unter dem Titel „Le Recueil“ zur Verbrüderung der Völker erscheinen zu lassen. Das Blatt erschien auch wirklich, aber nur acht Tage. Denn seine Patronen und Redakteure rasteten gleich untereinander. Es befanden sich darunter Besle von der Kommune, Etzel, Präsident des letzten Kongresses der Friedens- und Freiheitsliga; Razoua, Gaide, Gelée und Madame Leo. Und diese Leute wollen die Nationen zum ewigen Frieden vereinen!

Frankreich.

Der Kriegsminister hat folgende General-Ordre erlassen:

Versailles, 21. Oktober 1871. Trotz wiederholter Weisungen fährt eine große Anzahl von Offizieren fort, Brüderchen erscheinen zu lassen und in Zeitungen zu schreiben. Der Minister konstatiert sogar mit Bedauern, dass die Mehrzahl dieser Veröffentlichungen sich lediglich auf persönliche Fragen beziehen. Da es darauf kommt, um jeden Preis Ordnung in diese Alte der Indisziplin zu bringen, so beschließt der Kriegsminister, dass in Zukunft jeder Soldat, welches auch immer sein Grad sein möge, der sich durch die Presse derartige Veröffentlichungen erlaufen sollte, ohne dafür die vorgängige Erlaubnis erhalten zu haben, mit dreißig Tagen strengen Arrestes bestraft werden. Im Rückfalle wird er sofort zur Disposition gestellt und sein Rang ihm entzogen werden. Der Kriegsminister de Cissey.

General Mansouty ist bereits wegen seines von den Blättern veröffentlichten Schreibens zu einer zweimonatlichen Haft auf einer Festung verurtheilt worden. Die Regierung wollte diese Maßregel zu de-

errichten. Anfangs voriger Woche sind die Herren Quistorp und Scheibler bereits zu einer Verabschiedung hier gewesen und haben mit dem Grafen Pinto-Mettka, dem Besitzer eines gegen 60 Morgen großen Bauteils im Süden der Stadt Rücksprache genommen und die Grundlagen zu einer Verbindung vereinbart. Die Gesellschaft will jedoch ihre Thätigkeit auch noch weiter südlich über das Weichbild der Stadt ausdehnen und beabsichtigt besonders auf kleinburger Terrain mit Villen-Anlagen vorzugehen. Hoffentlich wird nach Ausführung aller dieser Baupläne die immer mehr zu Tage tretende Wohnungsnuth etwas abnehmen und es nicht mehr wie im abgelaufenen Quartalschlusse vorkommen, dass ein Miether um 50 Thlr. deshalb erhöht wurde, weil der Nachbar vis-à-vis sein Haus hatte abputzen und roth antreichen lassen.

* Zahlen-Kuriosum. Kaiser Wilhelm I. ist der 18. brandenburgisch-preussische Regent, der 7. König und der 1. deutsche Kaiser aus dem Hause Hohenzollern. Stellt man diese Zahlen in der angegebenen Ordnung von links nach rechts nebeneinander, so ergibt diese Zusammenstellung das Jahr der Proklamation des neuen deutschen Reiches: 1871.

* Braunschweig, im Oktbr. Der „Braunsch. Volksfreund“ enthält folgende Annonce: Ein Landwehrmann willt eine Brille zu kaufen, durch welche er den auf ihn fallenden Theil der Kriegsentschädigung zu sehen bekommt.

* Nürnberg, 21. Oktbr. Der praktische Arzt Dr. Kiderlin in Fürth hat den ihm für seine Thätigkeit während des Feldzuges verliehenen bairischen Orden zurückgewiesen, weil er einzig nur aus Humanitätsrücksichten die Kranken versorgt habe, und nicht deswegen, um einen Orden zu erhalten.

* Augsburg, 23. Oktbr. Gestern fand dahier die feierliche Einweihung des neu erbauten Gotteshauses der Irvingianer statt.

* Brüssel, 22. Oktbr. Die Tagesspreche hat kürzlich über den angedeuteten Unvorichtigkeit herbeigeführten Tod des Ritters du Bois de Bianco berichtet; derselbe soll mit einer angebrannten Zigarre im Munde eingeschlafen sein und so den Brand in seinen Gemächern verursacht haben. Nachträglich wurde aber das Verhüllniss verschiedener Wertpapiere im Betrage von 200,000 Franken entdeckt, was die Polizei zu der Vermuthung veranlaßte, es habe hier ein Verbrechen stattgefunden, dessen Spuren man durch den Brand zu beseitigen gesucht hat. Die folglich eröffnete Untersuchung wird zeigen, in wie weit diese Vermuthung begründet ist.

* Weibliche Mode. Dem Berneben nach ist in London eine „Gilde“ in der Bildung begriffen, um der Extravaganz der weiblichen

Moden den Krieg zu erklären. Eine Miss Garrison aus Dorsetshire hat die Gründung dieses neuen Vereines begonnen, und es wäre nur zu hoffen, dass sie bei ihrer Reform der weiblichen Puschlück glücklich wäre, als andere Sterbliche, welche bisher Versuche in derselben Richtung gemacht haben. In England thäte eine vollständige Ummwandlung der weiblichen Moden sehr wohl, denn trotz aller Extravaganz sieht man dort tatsächlich die geschmacklosen Schnitt- und Farbenzusammenstellungen.

* Das Gundurango. Die „Chicago Tribune“ erzählt einen Fall einer Heilung eines Krebskranken durch Gundurango, wo der Leidende nach zweiwöchentlicher Behandlung mit dem Heilmittel Symtome von Verblutung zeigte; als jedoch das Krebsgeschwür durch eine Operation entfernt worden war, zeigte es sich, dass durch das Gundurango eine formelle Separation zwischen dem frischen und gesunden Theil des Fleisches stattgefunden hatte.

Zur Geschichte der Kapitulation von Metz veröffentlicht der „Soir“ folgende bisher noch unbekannte Aktenstücke:

6. An Se. Excell. den Marschall Canrobert, Kommandirenden des 6. Corps. Im großen Hauptquartier, Van St. Martin, 27. Oktober 1870. Herr Marschall! Sie wollen die Güte haben anzuhören, dass die Adler der Infanterieregimenter Ihres Corps morgen sehr frühzeitig unter Aufsicht Ihres Artillerie-Kommandeurs gesammelt und nach dem Arsenal von Metz transportiert werden, wo die Kavallerie bereits die ihrigen niedergelegt hat. Sie wollen den Corpschef mittheilen, dass dieselben dort verbrannt werden sollen. Diese Adler werden in ihren Überzügen in einem verdeckten Wagen fortgebracht werden. Der Arsenaldirektor wird sie in Empfang nehmen und den Corps-Empfangs-Beschleunigungen aussetzen. Der Marschall-Oberbefehlshaber ges. Bazaine.“

Diese Depesche war in den Bureaux des Generalstabes geschrieben. An den Arsenaldirektor, Oberst de Girels, erging am folgenden Tage nachstehender Befehl:

Kabinett des Marschalls Oberbefehlshabers. Van St. Martin, 28. Oktbr. Befehl. In Gemäßigkeit der gestern den 27. Oktober, Abends, unterzeichneten Militärkonvention soll alles Kriegsmaterial, Standarten u. s. w. deponirt, inventarisiert und bis zum Friedenschluss intakt aufbewahrt werden; die definitiven Friedensbedingungen sollen allein darüber entscheiden. In Folge dessen erhält der Marschall-Oberbefehlshaber dem Oberst de Girels, Artillerie-Direktor von Metz, den gemeinsamen Befehl, alle Fahnen, welche an ihm von den einzelnen Corps abgeliefert sind oder abgeliefert werden, in Empfang zu nehmen und an einem verschlossenen Orte aufzubewahren. Er darf unter keinen Vorwände die bereits abgelieferten Fahnen wieder herausgeben, von welcher Seite die Aufforderung dazu auch kommen mag. Der Marschall-Oberbefehlshaber macht den Oberst de Girels für die Ausführung dieses Erlasses verantwortlich, welche für die Aufrechterhaltung der Bestimmungen der abgeschlossenen ehrenvollen Konvention und für die Ehre des gegebenen Wortes von höchster Bedeutung ist. Der Marschall Oberbefehlshaber ges. Bazaine.“

Durch die Kapitulationsbedingungen wurde bekanntlich die Abfertigung aller Adler, Fahnen und Standarten stipuliert und der Marschall scheint nun gezwungen gewesen zu sein, Angesichts der anwachsenden Indisziplin der Truppen zu diesem Mittel seine Zuflucht zu nehmen um den Bedingungen der Kapitulation nachkommen zu können.

Sedan, 16. Okt. Dem „Leipz. Tagbl.“ wird folgender Brief eines Soldaten über das hier stattgefundenen Attentat mitgetheilt:

„Es herrscht unter uns (der Garnison) wieder allgemeine Entfaltung über eine von Franzosen begangene Schandthat. Der Unteroffizier Berger der 6. Compagnie war am Sonnabend als Unteroffizier vom Schankhausdienste nach Torey, einer Vorstadt von Sedan, kommandirt. Nach zehn Uhr Abends soll er, so wir erschätzen, in einem Schanklokal, in dem es laut zugegängen und welches nur von Zwischenstunden besucht war, Ruhe geboten und sich dann entfernt haben. Da ist er auf dem Wege nach der Stadt lässlich von einem Menschen rücksichtslos angefallen und zu Boden gerissen worden, hat sich mit seinem Angreifer herumgekämpft, bis ein zweiter solcher Sch... dazu gekommen ist, welcher Bergern mit einem Messer oder ähnlichem Instrument in den Hals gestochen hat. Das die Verwundung keine leichte, geht daraus hervor, dass der Unteroffizier gestern Morgen ins Lazarett geschafft werden musste.“

Aus den Familien-Nachrichten der letzten Sonntagsnummer des „Tagbl.“ ergibt sich, dass der Verwundete gestorben ist.

Moden den Krieg zu erklären. Eine Miss Garrison aus Dorsetshire hat die Gründung dieses neuen Vereines begonnen, und es wäre nur zu hoffen, dass sie bei ihrer Reform der weiblichen Puschlück glücklich wäre, als andere Sterbliche, welche bisher Versuche in derselben Richtung gemacht haben. In England thäte eine vollständige Ummwandlung der weiblichen Moden sehr wohl, denn trotz aller Extravaganz sieht man dort tatsächlich die geschmacklosen Schnitt- und Farbenzusammenstellungen.

* Das Gundurango. Die „Chicago Tribune“ erzählt einen Fall einer Heilung eines Krebskranken durch Gundurango, wo der Leidende nach zweiwöchentlicher Behandlung mit dem Heilmittel Symptome von Verblutung zeigte; als jedoch das Krebsgeschwür durch eine Operation entfernt worden war, zeigte es sich, dass durch das Gundurango eine formelle Separation zwischen dem frischen und gesunden Theil des Fleisches stattgefunden hatte.

* Lebensbild aus Mexico. Zwei der höchsten Klasse der Gesellschaft angehörende Herren begegnen sich am Abend auf der Straße in der Hauptstadt. „Wie spät ist es, Senior?“ fragt höflich der Erste. Der Andere bleibt stehen, zieht seinen Revolver und deckt sich gegen den Fragesteller. Dann nimmt er seine Uhr heraus und ertheilt die gewünschte Auskunft. Nummer Eins dankt Nummer Zwei ohne die mindeste Überraschung oder Gegeneinwendung über die Vorwürfe ab.

* Im Grabe geboren. Die „Levant Times“ beschreibt das Begräbniss des in dem Tief zu Pera umlängt verstorbenen Sheiks der „Tanzenden Dervischen“ wie folgt: „Seine Leiche wurde von Dervischen nach der Moschee von Tophana getragen, wo gebetet wurde, und demnächst auf einer andern Route zurück nach dem Tief, wo er auf dem dem Orden gehörigen Begräbnissplatz beerdig wurde. Der Verstorbene war allgemein bekannt; Myriaden von Touristen nach Konstantinopel haben die Verabschiedung abgestattet. Er soll das hohe Alter von 108 Jahren erreicht haben; indeß ist noch eine große Merkwürdigkeit mit seiner Person verbunden — nämlich, dass er nach der Beerdigung seiner Mutter geboren worden sein soll. Dieser Umstand gab ihm den Namen „Coudret ouallah“ (Kind der Erde). Er selbst glaubte fest an diese Geschichte. Auch sagt man von ihm, dass er das Schiff seiner Mutter getheilt habe und vor circa 30 Jahren scheintodt begraben wurde. Die Särge und Gräber der Muslimen sind jedoch auf solche Zufälligkeiten eingerichtet; erstere sind sehr geräumig und leicht gearbeitet, und letztere nicht tief und — bis längere Zeit nach dem Begräbniss — nur leicht mit Erde zugedeckt. Der Sheikh obgleich gebrechlichen Körpers, bewahrte seine Geistesfähigkeiten bis zum letzten Augenblick und konnte sich namentlich eines ausgezeichneten Gedächtnisses rühmen. Seine Würde ist

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. Oktober. [9. Sitzung.] 1 Uhr. Am Tische des Bundesrates. **Fürst Bismarck**, Delbrück u. a. Ein längeres Urlaubsgesuch des Abg. Grafen Renard wird abgelehnt.

Die Abg. Schulze, Miguel und Hölder richten an den Bundeskanzler folgende Anfrage:

1) Welche Resultate sind durch Vertheilung der den Bundesregierungen durch das Reichsgesetz vom 22. Juni 1871 zur Verfügung gestellten vier Millionen Thaler an die durch die Einziehung zur Fahne besonders schwer geschädigten Offiziere, Ärzte und Mannschaften der Reserve und Landwehr in den Einzelstaaten erreicht worden? 2) Ist bei der Vertheilung der Beihilfen von den einzelnen Regierungen nach gleichmäßigen Grundsätzen verfahren? 3) Hat sich nach den gemachten Erfahrungen ein Bedürfnis fernerer Unterstützungen herausgestellt? 4) Beabsichtigt die Reichsregierung, wenn dies der Fall sein sollte, eine weitere Bewilligung aus Reichsmitteln zu den vorgedachten Zwecken zu beantragen?

Abg. Hölder motiviert die vorstehende Interpellation. Das Gesetz vom 22. Juni habe theils wegen der Kürze der Zeit, theils wegen der Schwierigkeit, die in den verschiedenen Bedürfnissen der einzelnen Länder selbst lag, den Vertheilungsmodus dem Bundesrat überlassen müssen. Nun seien vielfache Beschwerden über die Art und Weise der Vertheilung laut geworden, bei der einzelne Länder, ja einzelne Bundestheile bevorzugt sein sollen. Wenn das aber wahr sei, so sei auch ein Bedürfnis nach neuen Bewilligungen da; die Vertreter der bevorzugten Landestheile würden im Interesse der Gerechtigkeit wohl selbst am meisten daran dringen, die nötigen Ausgleichungen vorzunehmen.

Präsident Delbrück: Bei der Einbringung des Gesetzes wurde es sowohl in den Motiven als auch durch den Reichskanzler als der Standpunkt der Regierungen bezeichnet, daß die Fürsorge für die Reserve- und Landwehrleute Sache der einzelnen Regierungen, daß die Reichsgesetzgebung nur aus dem Grunde auf die Sache eingegangen sei, weil das Bedürfnis ein dringendes und die überwiegende Mehrzahl der Regierungen nicht in der Lage war, sich von den Landesvertretungen die Ermächtigung zu verschaffen, diesem Bedürfnis gerecht zu werden. Es handelte sich also damals um eine vorsichtige Zahlung an die einzelnen Bundesregierungen. Die Regierungen selbst sollten über die Verwendung befinden und gerade aus diesem Grunde erhielt der Gesetzentwurf in seinem Inhalt eine etwas lose Form. Es wurde später noch ausdrücklich konstatiert, daß der Nachweis der Verwendung des an die einzelnen Bundesstaaten zu zahlenden Geldes nicht den Organen des Reiches, sondern den Organen des Landtages anheimfiel. Von diesem Gesichtspunkte aus hat auch der Bundesrat, nachdem das Gesetz Ihre Zustimmung erhalten, in Konsequenz der Motive beschlossen, daß die 4 bewilligten Millionen den einzelnen Bundesregierungen als eine Herausgabe auf den denselben zustehenden Anteil an der Kriegsschädigung zu überweisen sei. Nachdem am 22. Juni das Gesetz die Allerhöchste Vollziehung erhalten hat, ist am folgenden Tage die Vertheilung der Summe unter die Einzelregierungen nach Maßgabe der Zollvereinsbevölkerung vor sich gegangen. Der Bundesrat war sich dabei sehr wohl bewußt, daß, wenn es sich um eine Vertheilung dieser Summe von Reichs wegen gehandelt hätte, dieser Maßstab durchaus ungerechtfertigt gewesen wäre. Die Folge des eingezogenen Verfahrens ist nun die, daß von Seiten der Organe des Reiches eine Berechtigung nicht vorlag, von den einzelnen Bundesregierungen einen Nachweis über die Verwendung dieser Summe zu verlangen, da diese Verwendung nicht den Organen des Reiches, sondern denen der einzelnen Ländern gegenüber nachzuweisen war. Ich bin deshalb nicht im Stande, die erste Frage der Interpellation allgemein zu beantworten, sondern nur in Bezug auf Preußen, wofür die Materialien augenblicklich beschafft werden könnten. Sein Anteil im Betrage von 2,494.000 Thlr. ist zu zwei Dritteln an die einzelnen preußischen Provinzen vertheilt und zwar nach dem Verhältnis, in welchem aus jeder Provinz Reserve- und Landwehrpflichtige zur Fahne gerufen waren. Ein Drittel ist noch zurückgehalten in der durch den Erfolg gerechtfertigten Unterstellung, daß auch die Vertheilung nach diesem Verhältnis kein zutreffender Maßstab sei. Die Vertheilung innerhalb der einzelnen Provinzen ist den Provinzialstämmen überlassen worden, von denen die Gründe für die Vertheilung im Allgemeinen in übereinstimmender Weise festgestellt worden sind. Es sind nun von den einzelnen Verbänden Nachliquidationen aufgestellt, welche zum Theil noch nicht vollständig vorliegen und welche aus dem konserierten Drittel des ganzen Betrages nicht vollständig werden befriedigt werden können. Die Frage, ob sich das Bedürfnis nach weiterer Unterstützung herausgestellt hat, würde für Preußen zu bejahen sein. Wie es sich damit bei den anderen Bundesstaaten verhält, kann ich nicht mitteilen; ich glaube jedoch, daß auch ein ferneres Bedürfnis vorausgesetzt — es bei der jetzigen Sachlage der richtiger Weg ist, die Befriedigung eines solchen Bedürfnisses den einzelnen Bundesregierungen zu überlassen. Die Gründe, die im Juni dahin führten, den Einzelregierungen einen Vorabzug zu gewähren, liegen heute nicht mehr vor. Daß überall in Deutschland nach gleichen Grundzügen verfahren ist, kann ich nicht zugeben; es ist das Gegentheil der Fall, weil das erste absolut unmöglich sein würde. Selbst in der preußischen Monarchie ist nicht nach gleichen Grundzügen verfahren worden, weil in einem so großen Staate die praktische Ausführung der Theorie in dieser Beziehung nicht folgen kann.

Damit ist die erste Interpellation, die auf der heutigen Tagesordnung steht, erledigt; es folgt die zweite der Abg. Böck und Wiggens: Was ist in Bezug auf den Gesetzentwurf, betreffend die Staatspflichtigkeit periodischer Druckschriften und die Entziehung der Befreiung zum Betriebe eines Pressegewerbes, welches in der Sitzung des Reichstages vom 15. Mai 1871 dessen Zustimmung erhalten hat, geschehen? — Wird dem gegenwärtigen Reichstage der Entwurf eines Reichs-Pressegesetzes vorgelegt werden?

Abg. Böck bezieht sich zunächst auf die Verhandlungen der vorigen Reichstagsession über den betreffenden Gesetzentwurf. Er stimmt der gestern von Grumbrecht erworbenen Beschwerde darüber bei, daß dem Reichstag nicht offiziell mitgetheilt werde, ob der Bundesrat den Reichstagsbeschlüssen, die an ihn gelangten, zustimme oder nicht. Wolle der Bundesrat nicht fragmentarische Prescreformen, so könne er recht gut schon jetzt ein Presgefäß vorlegen, da die Presfrage doch wahrlich schon aufs Erstoppelndie in Deutschland durchgeprochen sei.

Präsident Delbrück: Der Bundesrat hat Bedenken geäußert, dem vom Hause in der letzten Session angenommenen Gesetze in Bezug auf die Kautions- und die Konkurrenzziehung zuzustimmen und hat gleichzeitig beschlossen, in Versfolg des vom Reichstage gestellten weiteren Antrages, den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der gesamten Verhältnisse der Presse ausarbeiten zu lassen. Derselbe ist mit den Motiven fertig, den Einzelregierungen zur Begutachtung vorgelegt und ich glaube mit Bestimmtheit behaupten zu dürfen, daß er in der Frühjahrssession nächsten Jahres an den Reichstag kommen wird.

Damit ist auch die zweite Interpellation erledigt. Demnächst wird ohne jede Debatte der Gesetzentwurf, betreffend die Rückzahlung der fünfprozentigen Anleihe vom 21. Juli 1870 in dritter Lesung genehmigt. Es folgt die dritte Beratung über das Gesetz, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts für 1871.

Abg. Hänel: Meine Freunde und ich fragen uns der Taktik des Reichstages und nehmen den Antrag Hagens nicht wieder auf. Voller hat vorgestern mit großer Sicherheit behauptet, daß unsere Vorderungen bereits geltendes Recht seien; ich will das nicht weiter untersuchen; wir begüten uns, daß Präsident Delbrück Erklärungen abgeben hat, welche bona fide nicht anders verstanden werden können, als daß in Zukunft die Rechnungsabstiegung gemäß unserm Antrag gehandhabt werden soll. Wir hoffen, daß die erste Rechnung im nächsten Frühjahr, die uns vorgelegt wird, unsern Wünschen gemäß eingerichtet ist, und wir erwarten, daß die Majorität dieses Hauses keine andere entgegennehmen und dechiriren wird.

Darnach wird auch dieser Gesetzentwurf in dritter Lesung nebst der Vordruck — bei Gelegenheit der zweiten Lesung mitgetheilten Resolution — angenommen. Die Gesetze über Post- und Posttaxen werden in dritter Lesung ohne Debatte genehmigt. Es folgt die erste und zweite Beratung über die Übereinkunft vom 12. Oktober 1871 zu dem Friedensvertrage mit Frankreich.

Fürst Bismarck: In den bekannten Verträgen von Frankfurt wurde in Aussicht genommen, daß unter Umständen an Stelle der territorialen Bürgschaften, die uns in der Okkupation von Landestheilen gegeben waren, finanzielle Bürgschaften treten könnten und es wurde anerkannt, daß dies unter gewissen Umständen im Interesse beider Theile sein könnte. Die Okkupation eines erheblichen Theiles französischen Gebietes ist für Frankreich entschieden eine Last nach allen Rechtfertigungen hin, namentlich aber eine moralische, welche die politische Entwicklung und Konsolidation der Zustände hemmen kann. Für uns ist sie unter Umständen eine nothwendige Last, die wir uns auferlegen müssen, aber immerhin eine Last. Ich erinnere nur an die gestrige Interpellation über die Rückkehr der Reservisten. Es ist nützlich, dem Auslande und den Gegnern gegenüber die eigene Last, die die Okkupation uns auferlegt, allzu sehr zu urgieren. (Sehr wahr! rechts.) Ich hoffe, daß der Herr Interpellant von gestern überzeugt sein wird, daß die Last nicht hat vermindert werden können. Die Beschaffung derartiger finanzieller Bürgschaften lag der französischen Regierung ob und sie hat sie zum Theil unter großen Kosten zu bewirkt. Bankiers hatten sich bereit finden lassen, annehmbare Bürgschaften ihrerseits für die Effektivierung der französischen Zahlungen bis zum 1. Mai des nächsten Jahres, also im Verträge von 650 Millionen Francs, zu geben. Die französische Regierung erklärte sich ihrerseits bereit, dieses Opfer zu bringen, wenn nur die Bürgschaften der Geldmänner in einer Gestalt gebracht worden wären, die für uns annehmbar war. Dergleichen zu geben trugen sie Bedenken. Wir sollten uns anstrengt machen, diese Werthe vor dem Verfallstermine nicht zu veräußern, so daß, wenn gegen unser Wünsche und unser Erwarten der regelmäßige Zustand der Dinge in Frankreich erschüttert wurde, wir nicht in der Lage gewesen wären, die Werthe wechselseitig zu begeben. Unter diesen Umständen wäre nach meiner Ansicht und der der verbündeten Regierungen die Bürgschaft, welche die Bankiers boten, werthlos gewesen oder hätte doch die Bedeutung derjenigen Bürgschaft, welche uns die französische Regierung mit ihrer Zusage selbst in den Überresten der Okkupation gestellt, in einem nennenswerthen Maße vermindert. Ich habe mich daher mit Bewilligung Sr. Maj. des Kaisers für ermächtigt gehalten, einen anderen Modus zu akzeptiren, der für Frankreich eine sehr große Erleichterung, für uns meines Erachtens keine Gefahr enthält, nämlich das System der Substitution einer finanziellen Bürgschaft aufzugeben und für dasselbe einen Theil der territorialen Bürgschaft festzuhalten, dadurch, daß die von uns zu räumenden Gebietstheile nicht sofort von den Franzosen okkupirt, sondern einstweilen für neutral erklärt und nur für Zwecke polizeilicher Sicherheit von ihnen besetzt werden, daß sie von uns wieder besetzt werden können vermöge eines von Frankreich anerkannten Vertrages, der dann in Wirkung tritt, wenn die Bedingungen dieser Konvention und die Voraussetzungen, unter denen sie geschlossen ist, nicht inne gehalten werden sollen. Wir haben auf diese Weise der französischen Regierung, und ich kann sagen, dem Lande Frankreich einen wesentlichen Dienst erwiesen, der auch von allen unparteiischen Blättern des Landes anerkannt wird, und ich bin um so mehr damit zufrieden, als ich es nicht für unsre Aufgabe halte, unsere Nachbarn mehr zu schädigen, als es für die Sicherheit und Aufrechterhaltung des Friedens unbedingt nothwendig ist (Beispiel), sondern vielmehr ihm nützlich zu sein nach dem großen Unglück, so viel wir ohne Gefährdung unserer eigenen Interessen dazu beitragen können. (Beispiel.) Ich halte auch nach wie vor fest an dem Grundsätze, daß es nicht unsere Aufgabe sein wird, in die inneren Angelegenheiten unseres Nachbarlandes und ihre Entwicklung über das Bedürfnis der Sicherstellung unserer eigenen Interessen hinaus uns einzumischen. Ich nehme also nicht an, daß wir ein Interesse daran haben, um deshalb, damit wir auf die inneren Angelegenheiten von Frankreich einen Einfluß üben können, einen größeren Theil des französischen Gebiets besetzt zu halten. Es würde das ein Interesse sein, daß sich durch viele Nachtheile wieder aufheben würde. Ich habe schon vorhin erwähnt, daß die Überreste unserer Okkupation an sich neben den Rechten, die uns stipulirt bleiben, eine ausreichende Bürgschaft werden. Ich möchte sagen, daß eine Bürgschaft, die für 3 Milliarden ausreicht, auch für 3½ Milliarden ausreichen wird. Ich habe darauf einen besonderen Werth gelegt, daß, wenn wir die von Frankreich gewünschten Konzessionen machen, dafür die Zahlungstermine vorgerückt werden, so daß wir am 15. Januar bereits eine Zahlung erhalten, während der Anfangstermin früher Anfangs März und der Endtermin für die halbe Milliarde im Mai war. Die Theile von Frankreich, die wir noch besetzt halten, gewähren uns eine militärische Stellung, welche zur Vertheidigung und Deckung unserer Ansprüche vollständig ausreichende Unterlagen bietet. Wie Sie sich aus der Landkarte überzeugen werden, erstreckt sich die Ausdehnung unserer militärischen Stellung von der französischen Festung Mézières bis zur französischen Festung Belfort, so daß Douai und Verdun in unsern Händen bleiben. Also auch diese Rücksicht ermöglichte dazu, die gewünschten Konzessionen zu machen, die indirekt ja auch uns ebenso zu Gute kommen, da wir dadurch den Kredit unseres Zahlers stärken.

Auf zwei Einzelheiten des Vertrags will ich mir noch erlauben, aufmerksam zu machen. Es sind dies einmal die Zollverhältnisse des Elsass. Es war im Anfange von Seiten der elässischen Industrie und von Seiten derjenigen deutschen Industrie, mit denen die elässer konkurriert, beantragt, einen langen Termin von 6 Jahren für das Ausnahmeverhältnis Elsass-Lothringens zu stellen. Ich weiß nicht, ob es nützlich gewesen wäre; wir haben es aus politischen Rücksichten für nicht annehmbar gehalten. Der längste Termin, der annehmbar erschien, war derjenige, den wir in unserer letzten Vorstellung gemacht haben und der sich auf 1½ Jahr nach Ablauf dieses Jahres erstreckt hätte, und ich habe keine Schwierigkeit gemacht, diesen noch um 6 Monate zu verkürzen, um der französischen Regierung gegenüber einem Beschluss ihrer Landesvertretung, der für uns unannehmbar war, entgegenzukommen. Der Artikel 3, den die französische Volksvertretung einzurichten für nötig hielt, hätte uns Unmöglichkeiten in der Zollverwaltung gebracht, zu denen wir uns auf keine Weise versetzen könnten. Er war ein unrichtiger, und als Vorsichtsmaßregel für eine Bürgschaft, die von Frankreich geboten wurde, hätte er nur dazu führen können, gewissen Aemtern und Konkurrenten eine Zollprämie zu gewähren (Heiterkeit). Es ist mir sehr erwünscht gewesen, daß die französische Regierung ihrerseits überzeugt war, diesen Tausch von 6 Monaten vor ihrer Volksvertretung rechtfertigen zu können. Die Frage, Elsass ohne irgend eine Zollerleichterung sofort in die neuen Verhältnisse einzutreten, hat ja auch vorgekämpft. Es ist das eine Frage, in welcher man die Zukunft schärfer voraussehen müßte, als es dem menschlichen Geiste gegeben ist, um zu sehen, ob die politischen Vortheile oder die finanziellen und volkswirtschaftlichen Schäden größer sind. Wir haben eine mäßige Frist für billig gehalten.

Die territoriale Frage, nämlich die Veränderung der von den gesetzgebenden Körperschaften bereits genehmigten Grenzen in Bezug auf drei Gemeinden, die beiden Nans und eine südl. von Horvécourt ist von geringer Bedeutung. Nachdem die Frage in Versailles bereits festgestellt war, waren Reklamationen von Frankreich in Bezug darauf gestellt gemacht worden. Reklamationen, welche sich hauptsächlich auf ein in der Nähe der Luxemburger Grenze gelegenes großes Industriegebiet bezogen, das unter dem Namen von Moyeuvre bekannt ist und zwei Ausgänge nach beiden Landesgebieten hat. Ich habe schon damals nach Anhörung kompetenter militärischer und Verwaltungsstellen der französischen Regierung erklärt, daß wir in Bezug auf die beiden ersten Fragen (Nan und Horvécourt) zu Verhandlungen bereit wären; bei Moyeuvre lag es anders, da wir hier mit Rücksicht auf die territoriale Lage nicht nachgeben konnten. Das dortige Werk hat nämlich zwei große Ausgänge, den einen nach Preußen, den andern nach Frankreich hin; beide arbeiten sich entgegen und müssen sich eines Tages treffen, so daß die Zollkontrolle in bedeutender Weise abgeschwächt würde, es sei denn, daß wir Lichthähte von oben anlegen (Heiterkeit). In Bezug auf die übrigen Punkte habe ich damals erklärt, daß wir sie gratis nicht zugestehen können, daß aber, wenn der Moment kommt, wo wir noch irgend etwas abzurechnen haben, ich in jenen beiden Gemeinden die Münze sehe, womit wir zahlen können, da sie für uns keinen besonderen Werth haben, mit Ausnahme einer damit verbundenen werthvollen fiskalischen Waltung. Die Gemeinden selbst sind durch und durch französisch, sie liegen auf der uns abgewendeten Seite des bekanntlich steilen und hohen Ge-

birges von Langres und die Einwohner stehen sich unter französischer Verwaltung besser als unter der unfrigen. Mit der Gemeinde südl. von Horvécourt ist es etwas anders. Dort verzweigen sich zwei kleine Eisenbahnen, die eine südl. abgehend nach einem französischen Ort, die andere nördl. abgehend nach einer deutschen Stadt. Es ist nun im Interesse beider Länder und besonders den dortigen Bewohnern erwünscht ihr Heimatland erreichen zu können, ohne durch ein fremdes Gebiet zu kommen, daß sie nach Tiere kommen können, ohne bei Horvécourt deutsches Gebiet zu passiren. Diese Berücksichtigung schien billig und deshalb haben wir konzidiert unter der Bedingung, daß Frankreich uns einen entsprechenden militärischen Vortheil bietet und eine Verbindung der beiden Eisenbahnen auf seine Kosten auf sich nimmt. Indem ich gern bereit bin, noch jegliche Auskunft auf Verlangen über einzelne Motive der Konvention zu geben, erlaube ich mir die Annahme derselben um so mehr Ihrer wohlwollenden Erwagung zu empfehlen, als es bei dem Zusammenhange, in den die beiden Verträge in unserem Interesse gestellt sind, wünschenswerth ist, die französische Regierung möglichst bald von Ihrer Zustimmung in Kenntnis setzen zu können.

Abg. Richter bemerkt, daß er gestern in der Begründung seiner Interpellation ausdrücklich hervorgehoben haben, daß er keine Verminderung des Okkupationsbezirks, sondern nur eine Milderung der Leidenden, welche die Nothwendigkeit der Okkupation für die Einzelnen mit sich führen, beweist habe. Der Minister v. Roos habe gestern ja auch ausdrücklich konstatiert, daß die meisten Reservisten in Deutschland und nicht im Okkupationsbezirke zurückgehalten würden.

Damit schließt die erste Lesung; in der zweiten genehmigt der Reichstag ohne Diskussion die einzelnen Paragraphen der Übereinkunft mit Frankreich. Schluss 2½ Uhr; nächste Sitzung Freitag 12 Uhr (erste Lesung des Rayongesetzes; dritte Beratung der Übereinkunft mit Frankreich.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 26. Oktober.

An der Posen-Thornener Bahn hat das Einrammen der Pfähle zu dem Bauwerk, welches zur Zusammenstellung des eisernen Überbaues der neuen Wartbrücke erforderlich ist, begonnen. Zu der Brücke für die verlegte Bahnhofschaussee ist bereits ein großer Theil der Pfähle eingerammt. Da dieselben durch ein sehr hartes Tonlager hindurchgetrieben müssen, so wendet man zum Rammen einen sehr schweren Rammbaum von 13—14 Ztr. Gewicht an. Die verlegte Chaussee von der alten Bahnhofs- nach der Breslauer-Chaussee geht ihrer Böllerdung entgegen und wird gegenwärtig mit einer Chausseewalze gefahren. Zum Aufsuchen der Aufschüttung wird Wasser aus dem Hydranten vor dem Berliner Thore zu dem üblichen Tarif entnommen wird.

Militärisches. Vom 49. Infanterie-Regiment kamen gestern aufs Neue 300 Mann der Erstreserve aus Dijon an, nachdem vor einigen Tagen bereits ebenso viele eingetroffen waren. Heute früh rückten 83 Mann von der hiesigen Festungsartillerie nebst Offizieren zur Neuformirung des 15. Artillery-Regiments nach Metz und Straßburg ab.

Die Militär-Wittwenpension und Kindererziehung gelten im Reg. Bez. Posen und von der k. Regierung in der Weise festgesetzt worden, daß 320 Wittwen von gefallenen oder in Folge des Krieges gestorbenen Gemeinen, Unteroffizieren und Feldwebeln Renten von monatlich je 5, 7 oder 9 Thlr. (nach dem Range des Gefallenen) erhalten, und für 520 Kinder je 3 Thlr. 15 Sgr. monatlich an Erziehungsgeldern gezahlt werden.

Bon dem Gewinne, welcher in Höhe von 10,000 Thlr. auf Nr. 56,947 in der hiesigen Pulvermacherschen Potteriefolksfabrik gefallen, ist ¼ meistens kleinen Leuten am hiesigen Orte in Appoints von 200 bis 300 Thlr. zu Theil geworden.

Der Pestalozzi-Verein, welcher hier i. J. 1865 zu dem Zwecke gegründet wurde, die Witwen und Waisen ehemaliger hiesiger Lehrer zu unterstützen, hat in den letzten Jahren nur noch vegetirt, und wurde demnach zum 24. d. M. eine Generalversammlung bernün, um über das Weiterfortbestehen oder die Auflösung des Vereins schlüssig zu werden. Die sehr spärlich besuchte Versammlung fasste den Beschuß, den Verein aufzulösen, und die noch vorhandenen Fonds in Gesamthöhe von 18 Thlr. an zwei hiesige Lehrerwitwen zu vertheilen. Es ist nur die Idee angeregt worden, einen neuen Pestalozzi-Verein, im Anschluß an den hiesigen Lehrerverein, welcher sich einer lebhaften Theilnahme erfreut, zu gründen, und diesen neuen Verein dem Pestalozziverein zu Bromberg, welcher die ganze Provinz Posen umfaßt, unterzuordnen.

P-Nogasen, 25. Oktober. Gestern fand eine zahlreich besuchte Versammlung hiesiger Einwohner statt, in der man sich mit zwei Fragen beschäftigte: 1) Was kann die Stadt thun, um die Befestigung unseres Progymnasiums durch eine Prima herbeizuführen; 2) Wie lassen sich die großen Nachtheile abwenden, welche die Stadt durch den Verlust der Garnison erleidet?

Was die Schulfrage betrifft, so wurde bei der Debatte darüber allseitig anerkannt, daß unsere höhere Lehranstalt für eine tüchtige Ausbildung ihrer Schüler sorgt und sich dadurch einen guten Ruf in der Provinz erworben hat, sowie, daß sie durch ihren sittlichen Charakter wesentlich dazu beigetragen, ein so schönes Verhältniß der Nationen unter uns herzustellen, wie es gegenwärtig besteht, während die beiden früheren konfessionellen Privatschulen die Quelle eines fortwährenden Haders unter der Jugend gewesen wären, der sich dann auf die Familien übertragen und eine recht unerquickliche Situation in der Stadt geschaffen hätte. Leider fehlt es in Berlin, wo doch die letzten Entscheidungen für das Schulwesen gefällt werden, an einer genügenden Kenntnis der Verhältnisse unserer Provinz und daher kommt es, daß von dort hier im Gegensatz zu der höchsten Verwaltungsbehörde des Großherzogthums und im Gegensatz zu den Aufsichtsbeamten namentlich des aufgelösten Bürgerstandes, der in den Magistraturen und Stadtvorordnetenverhältnissen vertreten ist, Institute begünstigt werden, die recht geeignet sind, außer dem von Natur bestehenden Zwiespalt auch noch den religiösen zu verewigen. Schließlich wurde erwähnt, daß der Reichskanzler in seinen Ansichten über das Schulwesen sich der modernen Zeitschriften angelehnzt und Anhänger der konfessionslosen Anstalten geworden sei, wie das seine Maßregeln in den neuen Reichslanden beweisen, ein Umstand, der doch wohl früher oder später auf den preußischen Staat seine Rückwirkung üben dürfte, und daran die Hoffnung geknüpft, daß in der nächsten Session des Abgeordnetenhauses die Worte unserer Freiheiten des Deputirten, welche in dieser Beziehung ganz mit dem Vor gehen des Fürsten Bismarck übereinstimmen, nicht fruchtlos sein werden. Hierauf wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1) die städtische Verwaltung soll gebeten werden, sobald über die Petition, welche si beim Abgeordnetenhaus in Bezug unserer Schulangelegenheit einging, entschieden ist, eine Deputation nach Berlin zu schicken, welche, mag nun die Petition dem Minister zur Berücksichtigung überwiesen werden oder nicht, die erforderlichen weiteren Schritte im Interesse unserer Anstalt thut; 2) zur Bereitung der Kosten für diese Deputation sollen sofort freiwill

Annoncen-Expedition Zeidler & Co., Berlin.

(Aus den Berliner Zeitungen.)

mit dem Königstrakt.)

Bon den Arzten aufgegeben, standen sie doch am nächsten Tage auf!**(7) (Tödlichste Herzkrankheit mit täglich häufigen Herzkrämpfen!)**

Lieber Herr Jacobi! — Da es Ihnen erwünscht sein mag, meinen väterlichen Auspruch über die schwer krank gewesene Tochter J. endlich zu vernehmen, gebt ich Ihnen denselben zugleich aus dankbarem Pflichtgefühl. Sie fanden meine Tochter von ihrem Arzte** nach vielfältiger gründlicher Untersuchung mit der Erklärung aufgegeben, daß sie nur noch kurze Zeit leben könne. Schon seit sieben Jahren litt sie am Herzen, und ihre Krankheit war nach der Erklärung derselben Arztes ein organisches Leiden, gegen welches es kein Mittel gäbe. Es traten in der letzten Zeit täglich häufige Herzkrämpfe ein, an welchen sie nach ärztlicher Aussage hätte sterben müssen; sie war auch bereits ganz elend geworden und hatte das Aussehen einer Leiche. — Der Königstrunk, welchen wir ihr reichten, hob die Herzkrämpfe in wenigen Tagen*** auf und die Krante gefundene unter fortgesetztem Gebrauch dieses Trunkes zusehends, so daß sie langst wie eine Gesunde ist, trinkt, schlafst und einige häusliche Arbeit verrichtet. Dies spreche ich der Wahrheit gemäß und mit Dank gegen Gott aus, der diesen Trunk sicher gesegnet hat.

Berlin, am 3. März 1863. In dankbarer Liebe Ihr S. W. Rührmund, Parfümeur.

Nachdruck. Im Begriff, mein vorstehendes Schreiben auf Wunsch des Herrn Jacobi amtlich beglaubigen zu lassen, bezuge ich zugleich, daß bis heute — also innerhalb sechs Wochen — nicht nur keine, auch nicht die geringste Erholung etwa wiederkehrende Krankheit bei meiner Tochter sich gezeigt hat, sie vielmehr von Woche zu Woche mehr erstarckt ist und nach allem Ansehen zu blühender Gesundheit gelangt ist. Denn sie hat längst ihr volles Fleisch wieder und ihre vollen Backen ihm auch an gesunder Röthe zu.

Berlin, am 22. April 1863.

S. W. Rührmund.

Auf dem kgl. Stadtgericht zu Berlin beglaubigt.
NB. Von so schwerer Krankheit Genesene müssen wenigstens ein Vierteljahr lang wöchentlich eine Flasche noch brauchen, wenn sie völlig gesund werden und bleiben wollen.

**) Einer der gelehrtesten Arzte Berlins. Er hatte die Kranke drei Monate lang vergeblich behandelt und sie dann mit der Erklärung verlassen, gegen dieses Leiden gebe es keine Medizin; er erwartete in wenigen Tagen den Tod und wollte später durchaus nicht glauben, daß die Kranke wirklich genesen sei, hielt es auch nicht der Mühe werth, sich davon zu überzeugen, sie hat sich aber 1868 verheirathet.

(***) „Sie kamen gar nicht mehr,“ wie die Kranke täglich selbst aussagte!

(8) „Herzbeutel-Wasserfucht.“

Eine solche Kranke fand Jacobi 1863 auch in Sternberg N. W., eine Frau in der Mitte der 40er Jahre. Auch sie war von dem sehr gerührten Arzt des Ortes aufgegeben. Auch dieser Arzt war ehrenwerth: er ließ die Kranke sogleich den König trinken. J. der vorherigen Nacht war er wieder gerufen worden; man erwartete den Tod. Am Morgen kam der Chemann und bestellte beim Pastor das heilige Abendmahl. Um 12 Uhr reichte man ihr zum ersten Male den Trank, um 2 Uhr zum zweiten Male. Bald danach wurde d. h. Abendmahl für diesen Tag abgestellt, weil die Kranke sich wesentlich gebessert. Abends 7 Uhr reichte man ihr zum dritten Mal. Am andern Morgen früh — J. war noch nicht aufgestanden — erhielt J. schon die Nachricht, die Kranke habe die ganze Nacht gut, ohne Störung geschlafen, wie seit Wochen nicht. Als J. darauf sie sah, war die Geschwulst aus dem rechten Arm und der Hand ganz fort; nur die linke Arm und die linke Hand waren noch dick geschwollen, auf der Hand aber lag zäher Schweiß. J. sagte zur Genesenden: wenn Sie morgen früh erwachen, seien Sie sogleich nach der linken Hand und dem linken Arme, und Sie werden keine Geschwulst mehr bemerken. Als J. am andern Morgen sie sah, waren Arm und Hand ganz dünn geworden. Die Knödel und die Adern lagen frei da. „So wie aus Ihren Armen und Händen“ — sagte J. zur Patientin — „ist auch aus Ihrem Herzen die Geschwulst gewichen.“ Am vierten Tage hiess der Arzt sie ausfahren! Den Abend zuvor hatte sie um 8 Uhr Nebraten gegessen und war um 9 Uhr schon zu Bett gegangen! Die Nacht war dennoch so schön wie die vorigen. Am andern Vormittag 10 Uhr fand J. sie schon wieder beim Nebraten. Die „Medizin“ des Arztes war nur diese vier Tage ausgezehrt worden. Warum sie darnach noch genommen wurde, ist unbegreiflich.

Erfinder und alleiniger Fabrikant des Königstrunks:

Wirklicher Gesundheitsrath (Hygiëst) Karl Jacobi

in Berlin, Friedrichstraße 208.

Die Flasche Königstrunk-Extrakt, zu dreimal so viel Wasser, kostet in Berlin einen halben Thaler. — In Posen (16 Sgr.) bei Krug & Fabricius und in fast allen Städten Deutschlands in den baselbst bekannten Niederlagen.

*) Der Königstrunk, eine mit vielen milden Pflanzensäften bereckte Limonade, größtes Hygienisch-diatetisches Läbital für Kranke, Genesende und Gesunde ist nichts weniger als „Medizin“ oder „Gehimmittel“; er liefert dem Organismus eine Fülle von Gesundheitsstoffen, durch welche die Natur (durch Blut- und Säftebesserung) so umgewandelt wird, daß die Krankheits-Ursachen und dadurch die Krankheiten selbst verschwunden.

Wir suchen zum 15. November c. einen **Commis**, der beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig sein und in einem Wein- u. Colonialwaaren-Geschäft gelehrt haben muß.

Gebr. Andersch.

Ein Lehrling

mit den nöthigen Schulkenntnissen wird für ein hiesiges Spiritus- und Produkten-Geschäft gesucht. Selbstgeschriebene Offerten sind sub. H. in der Fr. d. Btg. abzugeben.

3 Buchhalter, 2 Reiseende, 7 Bäcker und Verkäufer, 3 Economie-Beruhner, 3 Wirtschafterinnen, 4 Verkäuferinnen, 2 Börster, 1 Brenner, 3 Gärtnere und 2 Maschinisten können sofort und später gute Stellen erhalten durch **Reuter's Industrie-Büro zu Dresden**.

Ein Lehrling

von anständigen Eltern, ohne Unterschied der Konfession, kann unter günstigen Bedingungen sofort eintreten in die Garrenhandlung von

Marcus Lewyssohn.

Chrenhafte und rechtliche (Israelitische)

Heirathsvermittler

warden um ihre gesäßige Adresse und etwaige Anträge unter der Chiffre **T. L. 444.** zur Weiterbeförderung an die Annonen-Expedition von **Haasenstein & Vogler** in Hamburg gebeten.

Statt jeder besonderen Meldung. Die Verlobung meiner einzigen Tochter Antonie mit dem Rittergutsbesitzer und Mitglied des Königlichen Landes-Dekanats-Collegiums, Herrn Robert Lehmann zu Ritsche, beeindruckt mich hierdurch ergebnist anzugeben.

Berlin, den 26. Oktober 1871.

Dr. Gurlt,

Geh. Medizinalrath und Professor. Meine Verlobung mit Fräulein Antonie Gurlt, einziger Tochter des Geh. Medizinalrath, Professor Doktor Gurlt in Berlin, beeindruckt mich hierdurch ergebnist anzugeben.

Ritsche, den 26. Oktober 1871.

Robert Lehmann.

Als Verlobte empfehlen sich **Henriette Goldbaum**, **Louis Schmid**, **Bodziana Märzdorf** bei Kempen, **Albertine Krause**, **Schmiegel**, **Wolff Masur**, **Bissa**.

Als Verlobte empfehlen sich **Rudolph Gumpert**, **Anna Würtemberg**, **Gelusen**, **Bischendorf**.

Gestern Vormittag 10½ Uhr starb nach kurzem, aber schwerem Leben unsere liebe Anna im Alter von 11 Jahren 2 Monate an Gehirnleiden. Dies zeigte statt jeder anderen Meldung Freunden und Bekannten an die Eltern.

Fischer, Bäckerei.

Die Beerdigung findet am 27. d. M.

Nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus, Piotrowo Nr. 3, statt.

Die Directoren.

Freitag den 27. Oktober 1871. De-

büt des Fräulein Anna Paoli vom

Hoftheater zu Detmold. Die Hugen-

noten. Große Oper in 4 Akten von

Scribie. *** Margarethe Gr. Paoli.

Otro Janke's Roman Zeitung bietet dem Publikum die neuesten und besten deutschen Romane zu eigen, welche in Buch-Ausgaben 50—60 Thaler kosten. Man abonniert für 1 Thaler vier jährlich bei der Post und in allen Buchhandlungen.

Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Gegründet 1836.

Hierdurch bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß die Direktion der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

Herrn Rentier Th. von Hacke in Bfuk zu ihrem Agenten ernannt hat.

Posen, den 24. Oktober 1871.

Annuss & Stephan,

Haupt-Agenten.

Unter Bezugnahme auf obige Bekanntmachung gebe ich mir die Ehre, mich zur Effectuierung gefälliger Aufträge bestens zu empfehlen.

Die 1836 gegründete Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zählt bekanntlich zu den besten und solidesten in ganz Deutschland.

Die Gesamtreserven betrugen ultimo 1870

Thlr. 3,729,651 oder 21½ %

des versicherten Kapitals, der höchste Prozentsatz, der unter den deutschen Lebens-Versicherungs-Gesellschaften bisher erreicht worden ist.

Ebenso behaupten die Aktien der Gesellschaft an der Börse den höchsten Cours (Thlr. 750 für eingezahlte Thlr. 200).

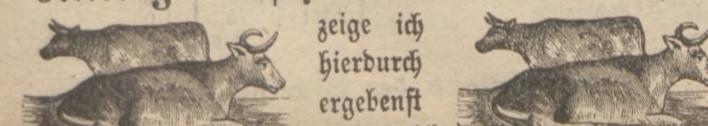
Nähere Auskunft, Prospekte und Antrags-Formulare stellt bereitwilligst zur Verfügung

Bfuk, den 24. Oktober 1871.

Th. von Hacke,

Agent.

Den Herren

Rittergutsbesitzern und Landwirthen


zeige ich hierdurch ergebenst an, daß ich

Montag den 30. d. wieder einen großen Transport Nebbrucher Kühe erhalten; werde mit denselben aber nicht keifers Hotel, sondern St. Adalbert 46/47 zum Verkauf stehen.

W. Hamaun,

Bieh-Lieferant.

Pommersche Gänse-Brüste und Sülzkeulen versendet billigst gegen Nachnahme

A. Abrahamsohn, Cöslin, Pommern.

Große Rügenwalder Gänsebrüste mit und ohne Knochen, Sülzkeulen und geräucherte Gänsekeulen, sowie fetten geräucherten und marinirten Lachs, Hasroulade und große Neunaugen empfohlen

W.F. Meyer & Co.

Große Kieler Spratten u. Sp. abücklinge empfiehlt heute frisch **Kletschow**. Frisches amerikanisches Schweinsfleisch pro Pfund 6½ Sgr., Centnerweise billiger empfiehlt **Isidor Busch.**

Frische Sardellenleberwurst empfiehlt

L. Rauscher, Breslauerstr. 40. Gr. Ritterstr.

Frisch geschossene Rehe, Hasen und Rebhühner empfiehlt

Isidor Busch.

Garsarten Schweinskopf empfiehlt

L. Rauscher.

Bergkreise No. 7 ist der Pferdeberg billig zu vergeben.

Ein möbl. Parterre-Zimm. 7. 1. Nov. gesucht. A. O. Zander, Königsberg Pr. Altstadt Langgasse 72/73.

Nachlaß-Auktion.

Im Auftrage des Königl. Kreis-Gerichts werde ich am Montag den 30. Oktober, Vormittage von 9 Uhr ab, Gr. Gerberste. 53 div. Schmiedehandwerkzeuge, als Ambosse, Zangen, Hämmer, Schraubendreher, Beißlasmashine und Tische usw. ferner Möbelgegenstände, Betten, Haus- und Wirthschaftsgeräthe öffentlich meistbietend gegen gleich dauernde Zahlung versteigern.

Rychlewski.

Königl. Auktions-Kommissarius.

Ich erkläre hiermit die meinem Buchalter Herrn August Glasmann am 9. September 1870 erzielte Handels Vollmacht vom heutigen Tage an für erschlossen.

Neutogel, 25. October 1871.

Johanna Landmann,

in Bfuk:

Landmann & Co.

Für Maser.

Ein vollständig gut eingerichtetes Malergeschäft ist in einer kleinen Provinzstadt sofort zu verkaufen. Werfährt man in der Exp. dies. B. g.

Verlag von B. S. Verend-
sohn in Hamburg:

Der ächte kleine Franzose,

oder die Kunst, die französische Sprache ohne Lehrer in höchstens 8 Tagen richtig lesen, schreiben und sprechen zu lernen. Mit begeisterter Aussprache. Bearbeitet von Dr. F. Paulin. Fünfte vermehrte und verbesserte Auflage. Preis brosch. 6 Sgr.

Vorabdruck bei

Louis Türk,

Wilhelmsplatz 4.

Ein parthischer Traum in sieben Bildern von

Hugo Wauer.

Preis 8° eleg. brosch. 20 Sgr.

In Prachtband 1 Thlr. 5 Sgr.

Wohl selten hat ein Werk so großes Aufsehen erregt, wie diese Wauer'sche Dichtung! — Nahezu drei starke Auslagen darüber befinden sich in den Händen des Publikums, ohne daß das Werk in den hochberühmten Buchläden gekommen ist; die selben fanden lediglich an Büder d. 40, hintereinander stets vor überfülltem Hause stattfindenden öffentlichen Vorträgen des Dichters Ablag! — Mehr als 3000 Thlr. Gewinnantheit erzielte der Autor durch seine Vorträge für den Kaiser-Wilhelm-Fest und unsere Soldaten-Familien!

Ein Recensent der Berliner Volkszeitung sagt über die Dichtung und ihren Vortrag:

Dass sei constatirt, daß Dichtung und Vortrag in ihrer Art einzig das seien. — Keine Literatur der Welt hat so großartige, entzückliche Phantasiegemälde aufzuweisen, wie die 2. und 3. Abtheilung die es Traums! — Weit großartiges, Edles, poetisch Schönes durch Denken und Bühlern in sich aufzunehmen vermag, der gehe hin und höre diesen Vortrag!

Der Recensent des Rheinischen Couriers sagt: — Darin stimmen Alle überein, daß das durch seinen Verfasser meisterhaft vorgetragen wird und daß die im 2. und 3. Bilde entrollte Phantasie alles in der Literatur vorhandene weit überflügelt.

Nach solchen Empfehlungen dürfte das Buch bald wohl in leiner Bibliothek, auf kleinem Büchertische fehlen, und macht die höchst elegante Ausstattung des Werks dasselbe zu einem wertvollen Geschenk, auch an Damen, besonders geeignet.

